

# Franconia Judaica. Juden in Franken 1806 bis heute. Eine Tagung des Bezirks Mittelfranken

von

Julia Hecht

Am 3. November 2006 veranstaltete der Bezirk Mittelfranken in Kooperation mit dem Historischen Verein für Mittelfranken und dem Jüdischen Museum Franken in Fürth im Fabersaal der Nürnberger Akademie eine Tagung zu Geschichte und Gegenwart der Juden in Franken. Sie bildete den Auftakt zu einer Vortragsreihe, die unter der Bezeichnung „Franconia Judaica“ einmal im Jahr das fränkische Judentum in den Blick nehmen soll. Die Wahl des Themas „Juden in Franken 1806 bis heute“ stand in engem Zusammenhang mit der Bayerischen Landesausstellung „200 Jahre Franken in Bayern“, die bis 11. Februar im Museum Industriekultur in Nürnberg zu sehen war. Auch hier bildeten die letzten 200 Jahre den zeitlichen Rahmen.

In seiner Begrüßung wies der mittelfränkische Bezirkstagspräsident *Richard Bartsch* auf die vielgestaltige Förderung jüdischer Kultur durch den Bezirk Mittelfranken hin. Dieses Engagement sichere nicht nur das überkommene Erbe, sondern sei auch Voraussetzung für den dauerhaften Fortbestand jüdischen Lebens und unverzichtbarer Beitrag jüdischer Kultur in unserem Land. Es folgten Grußworte des Regierungspräsidenten von Mittelfranken und Vorsitzenden des Historischen Vereins für Mittelfranken, *Karl Inhofer*, sowie des Nürnberger Stadtrats und Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, *Arno Hamburger*, der in Vertretung des Oberbürgermeisters gekommen war.

Die Kulturreferentin und Bezirksheimatpflegerin von Mittelfranken, *Dr. Andrea M. Kluxen*, stellte in ihrer Einführung fest, dass die Forschungslage zur jüdischen Geschichte in Franken nur sehr fragmentarisch sei. Das reiche, jüdische Erbe aufzuarbeiten und zu vermitteln sei immer wieder eine neue Herausforderung, zumal jüdische und nichtjüdi-

sche Geschichte keinesfalls zu trennen seien. Die Tagung solle einen Beitrag dazu leisten.

In einer ersten, von *Dr. Kluxen* geleiteten Sektion am Vormittag wurden anschließend Themen zum jüdischen Leben im 19. Jahrhundert erörtert.

*Prof. Dr. Günter Dippold*, Kulturdirektor und Bezirksheimatpfleger am Bezirk Oberfranken, widmete sich dem Thema „Juden in Franken vor 1806“. Mit vielen beispielhaften Quellen aus dem fränkischen Raum versehen, beleuchtete er unterschiedliche Aspekte jüdischen Lebens. Zwar konnten Juden im territorial zersplitterten Franken vorbayerischer Zeit, anders als in Altbayern, von wo die jüdische Bevölkerung bereits im 15. Jahrhundert vertrieben wurde, über einen längeren Zeitraum hinweg leben. Nichtsdestotrotz hatten sie unter beträchtlichen Einschränkungen und Anfeindungen zu leiden. Die fränkischen Reichsstädte etwa hatten die Judenschaft schon bald ausgewiesen; in den Fürstentümern blieb man eher zurückhaltend und schwankend in dieser Frage. Bis 1808 mussten sich Juden vor allem in kleineren Herrschaften unter erniedrigenden Bedingungen um Schutzbriebe bemühen, die nur befristet und widerruflich ausgestellt wurden und deren Herausgabe nicht selten an Eigeninteressen der Herrschaft geknüpft war. Die Gebührenhöhe für einen Schutzbrief bestimmte die herrschaftliche Willkür; diese Einnahmen stellen einen ernst zunehmenden wirtschaftlichen Faktor dar. Als diskriminierend sei auch die Verpflichtung, sich zu kennzeichnen, einzustufen. Eine solche Praxis sei seit dem 16. Jahrhundert nachweisbar. In Bamberg etwa führte dies 1670 zu Klagen seitens der Judenschaft, die sich wegen ihrer Kennzeichnungspflicht gefährdet fühlte. Auch berufliche Einschränkungen mussten hingenommen werden. Dazu kamen immer wieder öffentliche Hetzen wie

Ritualmord-Unterstellungen und seit der Frühenzeit eine Tendenz zur Ghettoisierung.

Nach dem Übergang der fränkischen Gebiete an Bayern 1806 änderten sich die Verhältnisse. Prof. Dr. Hartmut Heller von der Universität Erlangen-Nürnberg hob in seinem Beitrag über „Juden in Franken im 19. Jahrhundert“ zunächst das verdienstvolle Wirken der Nürnberger Juden im Gebiet von Kunst, Kultur und Sozialwesen in der Prinzregentenzeit hervor. Kunstwerke im öffentlichen Raum, Sanatorien, Volksbildungs- oder Wöchnerinnenheime, Stiften, Krippen oder Theater im Nürnberg-Fürther Raum wären ohne das finanzielle Engagement wohlhabender jüdischer Bürger nicht realisierbar gewesen. Als eine Voraussetzung für den gestiegenen gesellschaftlichen Stand des jüdischen Bürgertums sah Heller das Judenedikt von 1813, durch das aber auch schwere Nachteile entstanden. Obgleich eigentlich eine bürgerliche Gleichstellung der Juden angestrebt war, brachte aber z.B. der sogenannte Matrikelparagraph empfindliche Einschränkungen. Durch diese Vorschrift wurde die Zahl der in einem Ort ansässigen Juden beschränkt. Heller wertete das Edikt eher als ein Dokument eines von der Aufklärung geprägten, staatlichen Nützlichkeitsdenkens und latent fortgesetzten Antisemitismus denn als ein solches echter Toleranz.

Anschließend sprach Heller unterschiedliche Themenbereiche an, etwa die Verteilung der Landjudenschaft in Franken: 81 % aller in Bayern ansässigen Juden lebten im heutigen Franken, vor allem außerhalb größerer weltlicher und geistlicher Fürstentümer und von Reichsstädten. Nach 1813 fände man Dorfjuden vor allem im Handwerk, meist in solchen Zweigen, die auch Hausgeschäfte bei Bauern erlaubten. Haupttätigkeitsfeld blieb jedoch der Handel, bevorzugt der Schnittwarenhandel und der Handel mit Landprodukten. In nahezu allen fränkischen Orten bot sich ein ähnliches Bild. Der Matrikelparagraph zementierte diese Strukturen und verhinderte eine freie Wahl des Wohnorts.

Ansässigmachung, Heirat, Berufslizenzen blieben Juden ohne Matrikelstelle verwehrt. Ungefähr 11.000 Juden aus Bayern machten sich in dieser Zeit auf nach Amerika – u.a. aus

Buttenheim die heute berühmte Familie Strauß mit Sohn Levi. Erst eine Gesetzesänderung 1868 erlaubte endlich auch den freien Zuzug in die Städte, was einen immensen Zustrom der Landjuden in die Städte zeitigte. Zahlreiche kleinere jüdische Gemeinden auf dem abgelegenen Lande, wo Juden nicht selten einen Anteil von 20 bis 30 % Anteil an der Bevölkerung hatten und gut in die Dorfstruktur integriert waren, erloschen in diesen Jahren. Heller nannte Beispiele aus Fürth, Nürnberg, Forchheim oder Bamberg, wo Juden durch erfolgreiche Handelsniederlassungen zu hoch angesehenen Bürgern aufsteigen konnten, die für den einsetzenden Industrialisierungsprozess Bedeutendes geleistet haben.

Anschließend sprach der Ltd. Archivdirektor des Staatsarchivs Nürnberg, Dr. Gerhard Rechter, über die Judenmatrikel Mittelfrankens. Die Judenmatrikel – quasi ein Personenstandsregister der jüdischen Bevölkerung – wurden ab 1813 bis 1861 bayernweit auf Grund des Edikts von 1813 angelegt. Gegliedert sind diese tabellarisch angelegten Übersichten nach Wohnorten; nur im Rezatkreis bzw. in Mittelfranken wurden die ansonsten im Land- bzw. Herrschaftsgericht gesammelten Daten auch zu einem Kreismatrikel zusammengefasst. Die Bedeutung dieser Verzeichnisse als Quelle für die Erforschung jüdischen Lebens, der privaten oder wirtschaftlichen Verhältnisse oder für genealogische Forschungen kann kaum unterschätzt werden.

Nach dem Edikt von 1813 waren Juden verpflichtet, einen deutschen Familiennamen anzunehmen. Die Listen führen daher den bisherigen (Beschneidungs-)Namen auf, dahinter den neuen, bürgerlichen Namen sowie Geburtsort, -jahr, Familienstand und den ausgeübten Beruf. Eindrucksvoll illustrierte Rechter seinen Beitrag mit Abbildungen der Archivalien von einer CD-Rom, herausgegeben vom Staatsarchiv Nürnberg und der Gesellschaft für Familienforschung in Franken e.V., in der über 2000 Scans der Originaldokumente zugänglich gemacht worden sind.

Richard Mehler M. A. aus Würzburg referierte im Anschluss über das fränkische Landjudentum. Die demographische Situation der Juden in Stadt und Land habe sich zwischen dem frühen 19. Jahrhundert und dem Ende

der „Weimarer Republik“ entscheidend verändert. Während zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch der Großteil (ca. 80%) aller fränkischen Juden (Mitte 19. Jahrhunderts: 32000) auf dem Lande lebte – zumeist als Spätfolge der Siedlungspolitik des jeweiligen Schutzherrn –, waren 1925 bloß noch 20% aller Juden hier ansässig. Die Gründe für diese Veränderung lägen in der 1861 erfolgten Beseitigung der Siedlungsbeschränkungen in den Städten und im Wanderungsverhalten: Auswanderung, ostjüdische Zuwanderung in die Städte, Urbanisierung. Auch die steigende Steuerlast der Juden auf dem Lande und die bessere Erwerbs situation in den Städten hätten einen Anteil an dieser Entwicklung gehabt.

Die Erwerbsstruktur hingegen blieb im 19. Jahrhundert stabil. Handwerk und Landwirtschaft als Erwerbsmöglichkeit waren durch staatliche Beschränkungen so gut wie unmöglich, so dass der Handel wichtigster Erwerbszweig blieb. Die meisten ländlichen jüdischen Haushalte lebten davon, insbesondere von Viehhandel, des weiteren von der Vermittlung von Geschäften aller Art. Der Rest erhielt Almosen oder war im religiösen Bereich tätig. Außerdem fanden sich bemerkenswert viele Fleischer unter den Landjuden. Die Veränderungen im Lauf der Zeit erfolgten weniger in der Erwerbsstruktur generell als in der Art und Weise, wie die Handelsberufe ausgeübt wurden. Der einst im kleinen Maßstab betriebene Wanderhandel wich dem Handel in Ladenlokalen mit gehobenem Sortiment. Damit einhergehend verbesserte sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts die finanzielle Situation vieler fränkischer Juden, ja in einigen Orten waren auch überproportional viele Juden unter den reichen Bürgern zu verzeichnen.

Grundlegende Veränderungen gab es im religiös-kulturellen Bereich, da die Integration der Juden in Staat und Gesellschaft vorantrieben wurde. Traditionelle jüdische Organisationsstrukturen wurden modifiziert oder – wie etwa die Zivilgerichtsbarkeit der Rabbiner – abgeschafft. Angeregt durch aufklärerisches Gedankengut kam es auch aus dem Judentum selbst zu reformerischen Bewegungen, denen das zumeist als orthodox apostrophierte Landjudentum entgegenzustehen

schiene. *Mehler* stellte anhand von Beispielen heraus, dass dies differenziert zu betrachten sei. Zwar dominierte die Orthodoxy beim fränkischen Landjudentum, aber es gab auch bedeutende liberale bzw. reformerische Tendenzen.

Wichtige Veränderungen geschahen im Bereich von Bildung und Ausbildung.

Nunmehr integriert ins allgemeine Schulsystem, stieg der Bildungsgrad und -hunger der jüdischen Bevölkerungsteile beträchtlich. Vorher waren Analphabetismus und fehlende säkulare Bildung auf dem Lande bei Juden weit verbreitet. Außerdem wären z.B. die Annahme neuer – bevorzugt als besonders „deutsch“ geltender – Namen oder der gelockerte Umgang mit modischer Kleidungsweise Indizien für die Ausbildung einer deutschen, bürgerlichen Identität und für die Übernahme bürgerlicher Werte und Verhaltensweisen seitens der jüdischen Landbevölkerung.

Widersprüchlich – und daher abschließend nicht als positiv zu bewerten – bliebe aber die Beziehung zwischen Juden und Christen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Auf der einen Seite sei in Folge des Judenedikts ein noch nie da gewesener Grad an politischer Partizipation, gesellschaftlicher Integration und Akzeptanz durch die Christen erreicht worden. Die Übernahme kommunaler und politischer Ämter durch Juden oder deren Mitgliedschaft in Vereinen – häufig als Gründungsmitglieder – etwa demonstriere dies. Auf der anderen Seite aber bestand die Judenfeindschaft in Teilen der Bevölkerung nach wie vor und erhielt neue Nahrung während der angespannten wirtschaftlichen Lage nach der sog. Gründerkrise der 1870er Jahre.

Moderiert von Dr. Gerhard Rechter schloss sich am Nachmittag eine zweite, mit „Fallbeispiele“ betitelte Sektion an, in der jüdisches Leben in Fürth, Ansbach und Nürnberg anschaulich gemacht wurde.

Die Situation in Fürth beleuchtete die wissenschaftliche Mitarbeiterin am Jüdischen Museum Fürth und Schnaittach, Monika Berthold-Hilpert. Das jüdische Fürth als „größtes jüdisches Gemeinwesen Süddeutschlands mit städtischem Gepräge“ profitierte durch die

Konkurrenzstellung der Dreiherrschaft von Reichsstadt Nürnberg, Markgraftum Ansbach und Fürstbistum Bamberg. Im entstandenen Freiraum konnten die Juden eine deutlich bessere Stellung erreichen als in anderen Siedlungen. 1719 erfolgte eine erste, großzügige Ausstattung mit Privilegien, die ihnen weitgehende Selbständigkeit in religiösen Fragen zusicherte. Auch die Entscheidung über neue Ansiedlungen lag im Ermessensbereich der Gemeinden und nicht beim Schutzherrn. Eigene Abgeordnete in der Gemeindeversammlung wurden ebenso zugestanden wie der nachsteuerbefreite Wegzug aus der Stadt.

Mit dem Übergang an Bayern kamen daher auf die privilegierten Fürther Juden – anders als im restlichen Franken – eher Einschränkungen und Nachteile zu. Das Edikt beschneidet ihre Rechte, brachte keine Vorteile und wurde entsprechend bekämpft – mit dem Erfolg, dass es erst mit zeitlicher Verzögerung um 1820 in Kraft treten konnte. Die bis 1861 wieder eingeschränkten Niederlassungsmöglichkeiten bewirkten eine große Auswanderungswelle. Vor allem unverheiratete, jüngere Juden verließen das Land. Auch die Änderungen in der religiösen Selbstverwaltung waren tiefgreifend: Die Gemeinden hatten fortan den Status einer Privatkirchengemeinschaft, Rabbiner mussten wissenschaftlich gebildet sein und wurden – auch hier Anlass für Reibereien – extern von einem Generalkommissariat ernannt, die innerjüdische Gerichtsbarkeit wurde aufgehoben.

Problematisch in dieser Zeit gestaltete sich die Aufspaltung des Fürther Judentums in zwei widerstreitende Lager. Gegen die Orthodoxen hatte sich schon früh ein selbstbewusstes, gebildetes, aufgeklärt denkendes jüdisches Bürgertum etabliert. Mit dem Oberrabbiner *Dr. Isaak Loewi* kam 1828 ein ausgesprochen fortschrittlich denkender Mann an die Spitze der Gemeinde, in dessen Amtszeit eine Vielzahl von Reformen fiel. Fürth sei während seiner Wirkungszeit Keimzelle des Kampfes um die Gleichstellung der Juden in Bayern geworden.

Die Situation der Ansbacher Juden legte *Alexander Biernoth* dar. Ihr Anteil an der Bevölkerung war über die Jahrhunderte hinweg relativ gering und schwankte zwischen

3,3 % (1819, 364 Personen) und 0,4 % (1938, 96 Personen). Dem sog. „Ausschaffungsmandat“ von 1560 zufolge mussten die Ansbacher Juden, für deren Existenz es Belege seit dem Mittelalter gab, das Land verlassen. Erst ab 1609 war ihnen die Wiederansiedlung gestattet. Seitdem wuchs ihnen eine gewisse Sonderstellung zu, der Einfluss von Juden bei Hofe nahm zu, die jedoch eine individuelle Sonderstellung hatten. In diesem Zusammenhang stellte *Biernoth* ausführlich die Ansbacher Synagoge vor, die ab 1744 durch den Ansbacher Hofbaumeister *Leopoldo Retty* errichtet wurde. Abschließend richtete er seinen Blick auf die Organisation von Gemeinden und besonders das mit 21 Gemeinden (inkl. Ansbach, Stand 1835) sehr umfangreiche Distriktsrabbinat Ansbach und seine Rabbiner. Mit dem Verlust der markgräflichen Landesherren, den staatlichen Neuerungen und der Industrialisierung verlor Ansbach seine jüdische Bevölkerung.

Jüdisches Leben in der fränkischen Großstadt Nürnberg stellte *Dr. Alexander Schmidt*, Mitarbeiter an der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, vor. Nach einem Rückblick auf die Nürnberger Geschichte von der ersten Ansiedlung 1146 bis ins 20. Jahrhundert präsentierte er schlaglichtartig eine Reihe von jüdischen Biographien aus der Zeit der Weimarer Republik, deren Bedeutung für das kulturelle Leben weit über Nürnberg hinaus kaum zu unterschätzen ist:

Der Gostenhofer Schrotthändlerssohn *Alexander Abusch* brachte es bis zum Kulturminister der DDR, die Kunsthistoriker *Julie Mayer* und *Justus Bier* machten sich einen Namen als Riemenschneiderspezialisten und als Kenner und Promotoren moderner Architektur. Angriffe auf die renommierte, an der Nürnberger Volkshochschule engagierte Sozialwissenschaftlerin *Anna Steuerwald-Landmann* konnte die Stadtspitze 1929 noch abwehren. Der wichtigste Maler Nürbergs im 20. Jahrhundert, *Richard Lindner*, war ebenfalls jüdischer Abstammung. Die Erforschung von Leben und Werk *Thomas Manns* wäre ohne das Verdienst der Nürnberger Bibliothekarin und Buchhändlerin *Ida Herz* sehr erschwert. Sie etablierte schon zu Lebzeiten des Schriftstellers die sich heute im Züricher

Thomas-Mann-Archiv untergebrachte „Ida-Herz-Collection“, zu der *Mann* selbst noch Archivalien beisteuerte. (Er setzte ihr allerdings in seinem Roman „Dr. Faustus“ ein nur wenig schmeichelhaftes literarisches Denkmal.) Forscher und Entdecker alter jüdischer Schriften sowie Herausgeber und Verleger des „Nürnberger Israelitischen Kalenders“ war der orthodoxe Gelehrte Isaak Bulka. Er starb 1941 im Warschauer Ghetto. Der Rabbiner und Anhänger des liberalen Reformjudentums, Max Freudenthal, stand von 1907 bis 1934 der jüdischen Gemeinde Nürnberg vor und prägte diese ganz entscheidend, auch, indem er ab 1921 das „Nürnberg-Fürther Israelitische Gemeindeblatt“ unterstützte. Früh hatte er hier auf den aufkeimenden Antisemitismus hingewiesen.

Überdurchschnittlich stark fiel in Nürnberg also die Leistung jüdischer Künstler und Intellektueller bei der Vermittlung der Moderne ins Gewicht. Der Nationalsozialismus bereitete diesem reichen kulturellen Leben in Nürnberg ein jähes Ende, und nur wenige der Überlebenden kehrten nach 1945 wieder nach Nürnberg zurück.

Die dritte und letzte Sektion, moderiert von Markus Wener, Jüdisches Museum Franken, befasste sich mit der jüngeren Vergangenheit und der heutigen Situation der Juden in Deutschland.

In einem reich illustrierten Vortrag befasste sich der stellvertretende Leiter des Staatsarchivs Nürbergens, Dr. Herbert Schott, mit Verfolgung und Deportation von Juden im Nationalsozialismus. Dabei beleuchtete er die unterschiedliche, aber doch verwaltungsmäßig einheitlich durchgeführte Vernichtungsmaschinerie des nationalsozialistischen Regimes. Eine Reihe von Photos aus dem Staatsarchiv Würzburg bildete das Gerüst des Vortrags, der in erster Linie das Procedere der Deportationen im unterfränkischen Raum schilderte. Die eindringlichen Bilder zeigten etwa eine anhand ihrer Deportationsnummer identifizierbare Frau, die an einer so genannten „Evakuierungsstelle“ auf ihren Abtransport in den Osten wartet. Man sah versammelte Menschen am „Platz'schen Garten“ in Würzburg, einem Vergnügungslokal, welches als Evakuierungsstelle dienen musste. Schott

konnte Bilder einer von Gestapo-Beamten durchgeführte Leibesvisitation oder einer Geväckdurchsuchung, beides durchgeführt im März 1942 in Kitzingen, ebenso zeigen wie maschinenschriftliche Auflistungen eingezogener Gegenstände. Diese erschreckend penibel geführten Zeugnisse der Verfolgung und Deportation belegen die industrialisierte Vernichtungsbürokratie auf erschütternde Weise.

Die Situation der „Juden in Franken und Bayern nach 1945“ bis in die Gegenwart war Thema der abschließenden Ausführungen der Leiterin des Jüdischen Museums Franken in Fürth und Schnaittach, Daniela F. Eisenstein. Der fesselnde, mit vielen Daten angereicherte Vortrag verband präzise Beobachtungen mit Analysen der gegenwärtigen Situation der Juden in Deutschland. Eisenstein richtete dabei ihren Blick auf die Opfer der Shoah und analysierte die Situation nach 1945 bis heute aus der Perspektive einer traumatisierten Generation. Zunächst ging sie auf das spärliche jüdische Leben nach Kriegsende ein, das vornehmlich in sogenannten DP-Lagern (Displaced Persons-Lagern) vonstatten ging, die als Durchgangslager verstanden wurden. Die Juden, die in Deutschland blieben oder wieder nach Deutschland kamen, waren hauptsächlich Juden aus dem osteuropäischen Raum. Die meisten deutschen Juden, die ein Konzentrationslager überlebt hatten, wanderten nach Israel oder in die USA aus. Juden, die in Deutschland verblieben, hatten sich nicht nur mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, sondern mussten sich auch gegen Anfeindungen anderer Juden wehren, die sie als Verräter im Land der Täter sahen. Aus dieser doppelten Belastung heraus entstanden häufig Verhaltensweisen, die auch noch an die Nachfolgegeneration weitergegeben wurden, etwa in der Weise, dass heute noch Kinder zur Erziehung ins Ausland geschickt werden.

Die heutige Situation der Juden in Deutschland habe sich dahingehend geändert, dass durch die sogenannten Kontingentflüchtlinge die Gemeindestrukturen im Begriff sind, sich grundlegend zu ändern. Das Schicksal jüdischer Gemeinden werde momentan – ähnlich wie nach 1945 – wieder von Menschen bestimmt, deren Wurzeln woanders liegen. Diese Integrationsleistung sei den jüdischen Ge-

meinden in Deutschland bislang gut gelungen, so dass die Zukunft der Juden in Deutschland als gesichert gelten könne.

Nach den Vorträgen bot sich dem zahlreich anwesenden Publikum die Möglichkeit, Fragen zu stellen und mit den Referenten zu diskutieren. Es kam mitunter zu lebhaften und interessanten Gesprächen. – Jüdisches Leben und jüdische Kultur sind heute wieder selbstverständlicher Bestandteil des Lebens in Franken. Defizite in der historischen Aufarbeitung der Vergangenheit sind an einigen Stellen noch auszumachen. Diese zu behe-

ben, war ein wichtiges Anliegen der Veranstaltung. Die Reihe „Franconia Judaica“ wird daher auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Für das Frühjahr 2007 ist die Veröffentlichung eines Tagungsbandes geplant, der vorbestellt werden kann beim: Bezirk Mittelfranken, Bezirksheimatpflege, Postfach 617, 91522 Ansbach, Tel.: 0981/4664-5002, Fax 0981/4664-5999 oder per e-mail: bezirksheimatpflege@bezirk-mittelfranken.de (voraussichtlicher Verkaufspreis: 15 € zzgl. Porto).

## Shalom Europa – das neue jüdische Gemeinde- und Kulturzentrum in Würzburg

von

Christina Bergerhausen

Mit der Einweihung des neuen jüdischen Gemeinde- und Kulturzentrums ‘Shalom Europa’ am 23. Oktober 2006 ist ein lang gehegter Wunsch der jüdischen Gemeinde in Würzburg und Unterfranken in Erfüllung gegangen. Wie deren Vorsitzende *Dr. Josef Schuster* auf einer Pressekonferenz ausführte, schufen zwei Ereignisse Fakten, die den Bau eines solchen Gebäudekomplexes notwendig machten:

- Dies ist zum einen der Zuzug jüdischer Migranten aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Hatte die jüdische Gemeinde in Würzburg vor 1990 weniger als 200 Mitglieder, so ist sie mittlerweile auf über 1.100 angewachsen. Dieses Aufblühen stellt die Gemeinde vor neue Herausforderungen. Die Gemeindeaktivitäten mussten erheblich ausgeweitet werden, um den vielen aus Osteuropa zugezogenen Juden beim Einleben in eine für sie fremde Umgebung zu helfen. Dringend wurden neue Räumlichkeiten dafür gebraucht.

- Ein zweiter Anstoß zum Bau war der weltweit größte Fund an jüdischen Grabsteinfragmenten von einem mittelalterlichen Judentorfriedhof. 1987 wurden bei Bauarbeiten mitten in Würzburg 1.513 Steine entdeckt, die aus der Zeit von 1129 bis 1346 n. Chr. stammen. Für diese einzigartigen Relikte mußte ein würdiger Aufbewahrungsort gefunden werden. Sie lagern jetzt im Basisgeschoss des Gebäudekomplexes und bilden sozusagen das Fundament für ‘Shalom Europa’. Eine Auswahl dieser ‘Judensteine’ ist im musealen Teil des Gemeindezentrums ausgestellt.

Wertvolle Hilfe bei der Umsetzung des Vorhabens erhielt die jüdische Gemeinde Würzburg von der *Ronald S. Lauder Foundation*. Diese 1987 von dem amerikanischen Unternehmer und Diplomaten *Ronald S. Lauder* gegründete Stiftung will „den Juden in Osteuropa, die seit Generationen von jüdischem Wissen und jüdischem Lernen abgeschnitten waren, auf vielfältige Weise bei der Renaissance jüdischer Spiritualität ... helfen“<sup>1)</sup>. In Zusammenarbeit mit dieser Stiftung wird in